Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 146.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen $4^1/_2$ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 27. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung.

Berlin, 25. Februar. 11 Uhr. Am Ministertische: v. Puttkamer, Bitter und Kommissarien.

Eingegangen ist die Denkschrift über Ausführung des Gesetzes vom 23. Februar 1881, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Hebung der wirthschaftlichen Lage in den Nothstandskreisen des Regierungsbezirks Oppeln.

Zur Debatte steht zunächst die dritte Lesung des Eisenbahngarantiegesetzes. Dasselbe wird unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Ohne Debatte werden in dritter Berathung genehmigt die Gesetzentwürfe betreffend die Umgestaltung des kurmärkischen und des neumärkischen Aemterkirchenfonds, eine Abänderung der Grundbuchordnung, das Kirchenwesen im Jadegebiet, die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben in Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau und die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in Westpreußen und Brandenburg. Darauf wird die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern (Polizei-Präsidium in Berlin) fortgesetzt.

Abg. Stöcker: Ich habe es vor wenigen Tagen versucht, die Hand zum Frieden zu bieten: man hat mir den Fehdehandschuh wieder hingeworfen, und ich nehme ihn auf. Herr Richter hat darauf hingewiesen, daß man in Berlin der sozial-demokratischen Bewegung im Gegensatz zu anderen, d. h. der christlich-sozialen und antijüdischen, sehr scharf entgegengetreten sei. Nun, der Theil der Bewegung, dem ich vorstand, hat sicherlich der Regierung keinen Grund zum Einschreiten gegeben. Sie mußte sich vielmehr über eine Bewegung freuen, die die Sozialdemokratie von innen heraus zu überwinden trachtete. Wie kann Herr Richter irgend einem Menschen den Vorwurf machen, daß er hetze, er, der mit Ausnahme der Juden so ziemlich gegen Alles hetzt, was zu den Fundamenten unseres deutsch-christlichen Volkslebens gehört. (Sehr wahr! rechts.) Er, der beständig mit „Junker und Pfaffen" um sich wirft, hat wirklich keinen Grund dazu, gegenüber Männern, die in das Berliner Leben sich hineingestellt haben, um der gefährlichen Uebermacht des modernen Judenthums, das mit dem Fortschritt, zum Theil auch mit der Sozialdemokratie und den schlechtesten Bestrebungen unseres Volkslebens verquickt ist, entgegenzutreten. Aber nicht allein Herr Richter hat uns diesen Kampf aufgezwungen. Tendenzen in unserem Berliner öffentlichen Leben nöthigten uns dazu. Ein Artikel des „Berliner Tageblattes" aus dem Jahre 1877 sprach bezüglich der damals tagenden Kreissynode von „Raubgesindel", „Gewürm", Ecrasez l'infâme. Ich fordere Herrn Richter auf, mir aus der ganzen antijüdischen Bewegung irgend ein Wort zu nennen, das an Gehässigkeit und Aufforderung zur Gewaltthat jenem Artikel einigermaßen an die Seite zu stellen wäre. Ecrasez l'infâme! ist das Wort des perfidesten Unglaubens, und wenn dort weiter gesagt ist, daß die frommen Fanatiker die Kirchen leer machten, so entgegne ich: ich kenne solche fromme Fanatiker, die leere Kirchen in Berlin haben, überhaupt nicht; aber viele ungläubige, die große Mühe haben zu predigen, weil ihre Kirchen aufs Aeußerste leer sind. (Sehr wahr! rechts). Der Fortschritt in seiner engen Verbindung mit dem Judenthum geräth bei der Beurtheilung dieser Dinge in eine völlig blinde Wuth. Ich will auf den verhägnißvollen Ausspruch des Herrn Straßmann hier nicht noch einmal zurückkommen, sondern nur konstatiren, daß meines Wissens kein Israelit denselben vertheidigt hat. Nur Herr Richter hat den Muth gehabt, ihn nicht nur zu vertheidigen, sondern sogar noch zu übertrumpfen. Erst in den letzten Tagen ist es Herrn Richter wieder passirt, daß er im Interesse der Vertheidigung eines Juden jede Rücksicht, die er den Thatsachen und Personen schuldig ist, versäumt hat. (Hört! rechts.) Er behauptete, in den Gründen eines gerichtlichen Urtheils sei die Handlungsweise meines Freundes Dietze als eine „unglaublich gemeine" charakterisirt worden. Das ist absolut unwahr (Hört! Hört! rechts), und ich möchte demgegenüber fragen, ob es nicht die allergrößte Verurtheilung verdient, wenn ein Abgeordneter, dem vollste Redefreiheit zu Gebote steht, gegen den Niemand klagen kann, in dieser unwahren und verletzenden Weise einen Fremden angreift, der sich nicht vertheidigen kann. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die betreffende Aeußerung ist in dem Urtheil lediglich hypothetisch gefaßt. Wenn übrigens Dietze den Fehler begangen hat, dem Abg. Bamberger vorzuwerfen, daß derselbe in seinem öffentlichen Wirken sich von seinen Privatinteressen leiten lasse, so ist das dieselbe Anschuldigung, die hier Herrn Richter nachgewiesen ist. Er hat gegen den Reichskanzler dasselbe Verfahren beobachtet und hat dabei nicht einmal die bona fides für sich, die ich für Dietze in Anspruch nehmen muß. (Sehr gut! rechts.) Sie sind ja sonst so genau, so kritisch gegenüber allen Maßnahmen der Regierung, daß ich es mit der Stellung eines Politikers nicht vereinbar finden kann, daß Sie gegen die Fehler des Judenthums blind sein können. Es wird Ihnen nicht gelingen, durch Inschutznahme der Interessen des Volkes gegen die Regierung an Punkten, wo es nicht nöthig, in den Ruf zu kommen, daß Sie ein Freund des Volkes seien, wenn Sie in dieser Weise jede jüdische Anmaßung vertheidigen und in diesem Punkte zum Schutze der bedrängten Interessen des Volkes keine Worte haben. (Sehr richtig! rechts.) Nun könnten Sie sagen: die Judenhetze sei Thatsache geworden. Hier in Berlin nicht! Hier haben wir durch besonnene Führung der Bewegung alle Ausschreitungen verhindert. Was an Gewaltthätigkeiten vorgekommen ist, hat viel mehr auf Seiten des Judenthums begonnen, als auf unserer Seite. Uns ist die Bewegung kein leichtes Spiel gewesen, sondern ein ernster Kampf, bei dem es sich um die besten und höchsten Güter unseres Volkes handelte. Als wir vor 2 Jahren diese Bewegung begannen, da war es vielen Männern so zu Muthe: So kann es nicht weiter gehen! Entweder sie oder wir! Und wenn die Reichshauptstadt, die seit 1870 eine so große, vornehme und stolze Stellung in der Welt gewonnen hat, nicht verjuden sollte, so war es nöthig, diesem jüdischen Einflusse ein Halt zuzurufen. Selbst vorurtheilsfreie Juden wünschten uns zu unserem Vorgehen Glück. Die „Zeitung des Judenthums" sprach sich in scharfen Worten über die „schamlose, pikante Aera Davidsohn in der Berliner Presse" aus. Wir müßten aber keine Augen haben, wenn wir auch auf anderen Gebieten das gefährliche Ueberwuchern des Judenthums in unserem deutschen Leben nicht erkennen wollten. In unsere höheren Bildungsverhältnisse ist das Judenthum in einer Weise eingedrungen, daß es schwer sein wird, unser Schulleben auf der Höhe christlich-nationaler Kultur zu erhalten. Nach dem letzten statistischen Jahrbuche der Stadt Berlin befanden sich auf den Gymnasien Berlins in den Jahren 1877, 1878 und 1879 bezw. 4764, 5160, 5344 evangelische, 206, 210, 226 katholische und dagegen 1488, 1577, 1666 jüdische Schüler. Der Prozentsatz der letzteren nimmt in den höheren Klassen zu. Ein Gymnasium entließ sogar zu Ostern 5 jüdische Abiturienten und nur 1 christlichen. Ebenso erschreckend ist das Hineindringen des Judenthums in die Justiz. Alles dies drängt uns dazu, auf der Hut zu sein und sowohl unserem Volksgeist zuzurufen: „Sei auf dem Posten!" als der Regierung die Bitte nahe zu legen: videant consules! Das Judenthum, mit seinem zügellosen Geltendmachen jüdischer Anschauungen, will nicht blos ruhig seines Lebens genießen: es will herrschen. Es will den christlichen öffentlichen Geist verdrängen und seine Anschauungen, seinen abstrakten Monotheismus, seine bis in den Himmel erhobene jüdische Kultur, die übrigens gar nicht vorhanden ist, an die Stelle setzen. Sie, die Sie so viel über Reaktion klagen, sollten sich doch klar machen, was es bedeutet, wenn man die ganze geistige Entwicklung der Welt um 2 Jahrtausende zurückdrängen will. Die Unruhen in der Provinz sind gerade durch Ihre Uebertreibungen epidemisch geworden, wie denn überhaupt diese Inschutznahme der jüdischen Ausschreitungen Seitens der Fortschrittspresse das Uebelste ist, was bei dieser ganzen Angelegenheit zum Unheil unseres Volkes geschehen ist. Ich brauche nicht zu erklären, daß ich die Ausschreitungen in der Provinz von Herzen bedauere. Wir sind gewiß unschuldig daran. Wo ich hingekommen bin, ist überall Friede geblieben, weil die Besprechung dieser Dinge als ein Ventil wirkte (Widerspruch links). Sie (links) wollen Alles unter Ihr Secirmesser nehmen, was im Himmel und auf Erden ist. Nur die lieben Juden sollen unangefochten bleiben. (Große Heiterkeit.) Mit welchem Recht verlangen Sie das im 19. Jahrhundert? Jahrzehnte lang haben Sie an uns herumgeschnitten, Jahrzehnte lang haben wir still gehalten. Nun sagen wir: wir wollen uns doch auch einmal um Euch bekümmern — und sofort schreit die ganze Gegenseite, als ob das der äußerste Akt der Intoleranz und Inhumanität wäre. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Hat nicht fast die ganze liberale Presse den Brand der Neustettiner Synagoge Henrici, mir, ja sogar Treitschke in die Schuhe geschoben? Hat man uns nicht vorgeworfen, wir warteten nur auf den Moment, wo das Militär aus den pommerschen Städten herausgezogen sein werde? An Zündstoff hat es in der Provinz nicht gefehlt. Die schamloseste wucherische Uebervortheilung machte sich dort in derselben Weise breit wie hier; nur daß dort Niemand war, der die Sache zügelte, bevor die Volkswuth ausbrach, während wir hier im Stande waren, in unseren ruhigen, besonnenen Versammlungen die Dinge einzuschränken. (Lachen links, sehr richtig! rechts.) Redner geht auf einzelne Fälle ein, in denen bäuerliche Einwohner der von den Unruhen heimgesuchten Ortschaften von Juden maßlos bewuchert seien und ein Bauer von seinem jüdischen Gläubiger kurz vor Weihnachten bei strengem Frostwetter von Haus und Hof gejagt worden. Sogar für die russischen Krawalle hat man uns verantwortlich gemacht. (Sehr richtig! links.) Wir waren ja nicht in Rußland, nur Herr Virchow war da. (Große Heiterkeit.) Demgegenüber lesen Sie doch das s. Z. in der „Kölnischen Zeitung" abgedruckte Geständniß eines russischen Judenblattes, welches uns selbst von jeder Schuld freispricht! Sie sind wirklich jüdischer, als die Juden (Heiterkeit.) Man hat uns Unklarheit der Ziele vorgeworfen. Die Emanzipation wollen auch wir bestehen lassen, obgleich wir sie nicht für etwas Gutes halten. Auch habe ich mich der Parole: „Kauft bei keinem Juden!" stets widersetzt. Dagegen meine ich, daß das Judenthum aus unserer christlichen Volksschule heraus muß. Juden können christliche Kinder nicht erziehen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die gleiche Vorsicht ist beim höheren Schulwesen und im Universitätsleben geboten. Besonders ist auch die Verwaltung vor dem jüdischen Einflusse zu wahren. Sollten Sie das für eine Umgehung der Verfassung halten, so bieten wir Ihnen gern die Hand zu einer gesetzlichen Regelung. (Heiterkeit links.) Gefährlich ist es, wenn an kleinen Orten der Richter und der Advokat Juden sind. Wo soll da der christliche Bürger bei Testamentsaufnahmen und dergleichen eine Vertrauensperson herbekommen? Wir wollen nicht hetzen, sondern nur die äußersten Gefahren von unserem Volksleben abwenden; im öffentlichen Leben und in der Presse das Judenthum in die Stellung zurückwerfen, die ihm gebührt; unser Volksleben von dieser Infektion reinigen. Wenn die wirthschaftlichen Reformen mit den sozialen Neuerungen durchgeführt sind, dann wird den Ausschreitungen auch nach der wirthschaftlichen Seite ein Damm entgegengesetzt sein. Schon jetzt äußern sich die segensreichen Wirkungen des Wuchergesetzes. Mit Freude vernehme ich, daß man auch den Ausschreitungen der Börse zu Leibe gehen will. Hüten Sie sich, daß nicht Haß an die Stelle der Liebe und nicht Fanatismus an die Stelle der Besonnenheit trete. Sorgen Sie dafür durch Ihre Presse und Ihre Mitwirkung, daß der Kampf friedlich verlaufe und nicht ähnliche Ausschreitungen, wie wir sie gehabt haben, wiederkehren. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Virchow: Es ist eine sonderbare Anforderung des Herrn Stöcker, wir sollen dafür sorgen, daß unsere Presse in dem Sinne wirke, wie er es will. Denn wir haben im engeren Sinne eigentlich keine Presse. Es existirt nicht ein einziges großes, täglich erscheinendes Preßorgan, das einfach nach unserem Diktat geschrieben wäre. Ein erheblicher Theil der Bemerkungen des Herrn Stöcker richtet sich nicht an den Minister des Innern, sondern an die leider heute abwesenden Minister des Kultus und der Justiz, deren Stellung in dieser Frage zu kennen interessant wäre und vielleicht bei Berathung ihrer Etats durch Anregung des Herrn Stöcker bekannt werden wird. Der Charakter der Judenhetze ist zu nicht geringem Theil dem Umstand zuzuschreiben, daß die Regierung verhältnißmäßig sehr lange Zeit der Sache mit einer Kaltblütigkeit nachgesehen hat, als ginge sie dieselbe in der That gar nicht an. Die Beschwerde des Vorstandes der hiesigen jüdischen Gemeinde wurde von dem vorigen Minister des Innern monatelang nicht einmal einer Antwort gewürdigt und von dem Fürsten Reichskanzler, der doch so großen Einfluß auf die Herren auf der Rechten und, wie ich glaube, auch auf Herrn Stöcker ausübt, wissen wir heute noch nicht authentisch, wie er in der Sache eigentlich steht. Die große Antisemitenpetition, die ohne Herrn Stöcker nie entstanden wäre, sollte das Herz des Reichskanzlers durch ihre zahllosen Unterschriften bestürmen, in diese Bewegung einzutreten, aber noch ist nicht die leiseste Aeußerung darauf erfolgt und die durch Herrn Behrendt vermittelte Kundgebung kam zu spät, als die Kampagne vorüber war. Nachträglich also, am häuslichen Herde, hat der Fürst Reichskanzler, wie es scheint, eine ablehnende Auffassung gehabt, nachher scheint die Sache wieder zweifelhaft geworden. Im Großen und Ganzen durften wir aber die Meinung haben, daß es nun endlich einmal mit der Judenhetze zu Ende sei, bis zu meinem größten Erstaunen Herr Stöcker heute hier die Sache in einer Breite aufnimmt, als ob es sich darum handle einen ganz neuen Feldzug zu inauguriren, so daß ich dem Minister ebenfalls ein videant consules! zurufen kann, daß nicht neue Exesse begangen werden. Die Regierung hat die Pflicht nicht mit Gewalt, nicht mit dem Staatsanwalt einzuschreiten, aber doch ihre Position in der Sache klar zu legen. Die große Zahl der Zeichner der Petition glaubte dem Reichskanzler damit eine besondere Annehmlichkeit zu bereiten und trug diese große „nationale Bewegung" dem Manne, der das Reich geeinigt hatte, entgegen. Hier stehen wir aber auf dem Boden der von uns beschworenen Verfassung, deren letzte Grundlage das Prinzip des gleichen Rechtes ist. Herr Stöcker, ich frage Sie, wie stehen Sie denn zu diesem Prinzip, welches in der Verfassung enthalten ist? Denken Sie es hier auch zu durchlöchern? (Ruf im Zentrum: Das haben Sie gethan!) Wir haben das gethan, indem wir Artikel der Verfassung aufgehoben haben; das ist der gesetzmäßige Weg, auf dem die Verfassung den jeweiligen Bedürfnissen des Staates entsprechend verbessert werden kann; aber wir haben doch so lange, als die Artikel da waren, ihre Giltigkeit festgehalten und auf Grund derselben unser Verhalten eingerichtet. Herr Stöcker aber richtet sich nicht darauf ein, sondern umgeht die Grundlagen, auf welchen unser ganzes Rechtsverhältniß steht, indem er den Juden gegenüber besondere Forderungen an die Regierung und Gesetzgebung richtet, um sie unter das gleiche Recht herunterzudrücken. Nun sagt er uns wieder von Neuem — er ist ja arm an Gedanken — das seien keine Ausnahmebestimmungen, sondern Normativgesetze für die Juden, die nicht mehr Lehrer und Richter sein sollen. Der Ausnahmezustand besteht nur darin, daß ein Jude da ist. Wenn der Minister v. Puttkamer der Rechten positiv erklärt, daß der Regierung solche Gedanken absolut fern liegen, dann wird auch Ruhe werden da drüben und der Frieden, den Herr Stöcker predigt, sich von selbst einstellen. Der Redner geht sodann auf das Verhalten der Polizei bei den Wahlversammlungen, auf die ungenügende Instruktion ihrer Organe bei Auflösungen ein und wünscht eine bessere Instruirung, nicht eine Vermehrung derselben. Das Auftreten der Antifortschrittler hat den Redner und seine Partei nicht aus der Ruhe gebracht, und er hat kein Flugblatt gegen Stöcker erlassen, wie dieser gegen ihn. In dem einen sagt er, daß Herr Virchow, für die russischen „Wucherjuden" einen Aufruf unterschrieben, das Christenthum aber immer angegriffen und geringgeschätzt hat! Ich bemerke dabei, daß ich über die Vorgänge in Rußland besser unterrichtet bin als er. Ich war in mehreren Städten Rußlands, in denen die Ausschreitungen stattgefunden haben, ich habe mit Richtern der höheren Gerichtshöfe, z. B. in Elisabethgrad und Odessa gesprochen, welche in jenem Prozeß geurtheilt haben, und kann sagen, daß diese russische Bewegung in der That die fortschreitende Welle ist, welche von hier ausgegangen war. Wenn Herr Stöcker einmal eine etwas längere Reise ins Ausland machen würde, dann würde er eine Empfindung dafür bekommen, daß die Ehre des deutschen Namens nicht blos in der Schätzung, welche man selbst im Lande der einen oder andern Richtung angedeihen läßt, und auf etwas Anderem als auf der Partei beruht, welche er vertritt. Während er uns Wuchergeschichten aus Neustettin erzählte, wurde mir von der Tribüne ein Artikel heruntergeschickt, der einen Wucherer Christian Erasmus von Nußbaum betrifft. Standen doch in den letzten Jahren allerlei verlumpte Aristokraten in Berlin vor Gericht, sogar Träger sehr illustrer Namen. Daraus auf das Geschlecht der ganzen Gesellschaftsgruppe allgemein Schlüsse zu machen, würde entsetzlich sein. Das thun wir nicht, aber was Herrn Stöcker als bloße Funken erscheinen, sind für andere Leute wirkliche Brandraketen, mit denen man den vorhandenen Zunder anschießt und wenn das Feuer herrlich brennt, dann verfallen auch andere Leute in diese Pyromanie. Die Bewegung überschritt von hier aus die russische Grenze, jenseits deren sie bis dahin nicht existirte. Kardinal Manning sagte auf dem Meeting in Mansion-House: „wir haben seit den letzten zwölf Monaten die antisemitische Bewegung in Deutschland verfolgt. Ich sehe auf sie mit einem zwiespaltigen Gefühl, in erster Linie mit Schrecken (with horror), insofern sie dahin strebt, die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens zu zerstören und zweitens mit großer Besorgniß, es möchte die Animosität, welche jetzt schon in Rußland in offene Flammen ausgebrochen ist, sich anderswohin übertragen." Und sodann, wie entsetzlich es sei, daß gerade in Deutschland derartige Dinge vorkommen könnten, und daß es für ihn ein Gegenstand „unendlicher Sorge sei, daß die Macht und Energie des alten Testamentes in Brandenburg so viel größer sein sollte als die des neuen". Auch Sie im Zentrum werden diese Art der Behandlung der Judenfrage, wie sie heute hier stattgefunden, doch unmöglich anerkennen. Auch Sie sollen vor Normativbestimmungen geschützt sein. Ein Wort der Regierung gegen diese Bewegung wird genügen, um eine friedenspendende Wirkung zu üben. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Das hohe Haus hat unzweifelhaft das Recht, diese Frage hier zu erörtern, wenn ich auch nicht erkennen kann, in welchem Zusammenhang diese Angelegenheit mit der Polizeiverwaltung von Berlin steht. Zweifelhafter ist mir indessen die Berechtigung des Vorredners, die Regierung zu einer Erklärung zu provoziren, welche Stellung sie zu einer, das Volksleben tief aufregenden generellen Frage von vornherein einnimmt. Es kann ihm doch nicht unbekannt sein, daß eine vollkommen ausreichende, authentische, befriedigende Erklärung in diesem Hause abgegeben ist. Sollte sein Gedächtniß ihn im Stich gelassen haben, oder hat er es nicht erwähnen wollen? Die bekannte Interpellation Hänel hat der damalige Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf Stolberg, explizite dahin beantwortet, „daß die bestehende Gesetzgebung die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung ausspricht, und daß das Staats-Ministerium nicht beabsichtigt, eine Aenderung dieses Rechtszustandes eintreten zu lassen" — Bravo auf allen Seiten des Hauses — (Heiterkeit rechts). Ich kann also hiernach einfach das mir beiderseits zugerufene videant consules von mir ablehnen. Die Regierung kennt ihre Pflicht auf diesem Gebiet und wird sie unentwegt erfüllen. Aber ich muß mich denn doch zu einer Abwehr gegen Herrn Virchow wenden, welche etwas entschiedener gehalten sein muß. Er hatte die Güte zu sagen, daß die in Pommern und Westpreußen eingetretenen sehr beklagenswerthen Tumulte, welche notorisch mit der Judenfrage zusammenhängen, doch vielleicht nicht ganz ohne Schuld der Regierung entstanden und verlaufen seien. Die Kaltblütigkeit des Mitansehens von Seiten der Regierung schiene doch wohl einen Theil an diesen Ereignissen zu tragen. Ich habe im vorigen Sommer die thörichten Bemerkungen der Presse in dieser Beziehung ruhig über mich ergehen lassen, weil ihnen jede faktische Unterlage fehlte. Wenn aber jetzt nach Verlauf von so und so viel Monaten, wo doch die Kaltblütigkeit des Urtheils wiederhergestellt sein muß, ein ähnlicher Vorwurf erhoben wird, so kann ich das gar

nicht nachdrücklich genug zurückweisen. Was verlangen Sie denn von der Regierung? Aufrechterhaltung des Landfriedens? Das hat die Regierung keinen Augenblick außer Acht gelassen. Eine andere Frage ist, ob die Regierung die Pflicht hat, vom Zentrum aus bei jeder Unruhe die umfassendsten Maßregeln zu treffen, ohne irgendwie sich auf die Verantwortung und Selbständigkeit der provinziellen und Lokalbehörden zu verlassen. Die dortigen Tumulte sind kraft der dort vorhandenen städtischen Polizeiverwaltung in Verbindung mit dem Kreislandrath im Keime erstickt worden. Verlangt denn Herr Virchow, daß bei jeder Gelegenheit, wo eine solche Gefahr droht, oder in Szene gesetzt worden ist, die Regierung militärische Kräfte aufbietet? Erst wenn sich gezeigt hätte, daß die betheiligten Lokal- und Bezirksbehörden ihre Schuldigkeit nicht gethan, hätte dies geschehen müssen. Ich habe allerdings bei Gelegenheit des Schievelbeiner Exzesses den Regierungen zu Marienwerder und Stettin empfohlen, die Aufmerksamkeit der Behörden auf die dortigen Unruhen zu lenken. Zu meiner Freude war diese Zirkular-Verfügung durchaus überflüssig durch die inzwischen getroffenen Maßregeln der Behörden. Daß es in den kleinen preußischen und hinterpommerschen Städten recht schwer ist, die Ordnung in solchen Fällen aufrecht zu erhalten, ist notorisch. Die Polizeikräfte bestehen aus dem Chef der Lokalpolizeiverwaltung und in der Regel aus 2 oder 3 Halbinvaliden als Sergeanten und dann aus dem Landrath mit einigen Gendarmen. Diese Kräfte reichen aus für normale Verhältnisse, nicht aber für die Unterdrückung bedeutender Ruhestörungen. Wenn Herr Virchow in dieser Beziehung eine kräftigere Initiative verlangt, dann bewilligen Sie uns bei gelegener Veranlassung eine Verfünffachung der Gendarmerie, dann werden wir verhüten, daß solche Unruhen nicht einmal mehr im Keim entstehen können. Es ist im vorigen Sommer gerade in der liberalen Presse mit einem wahren Fanatismus nach militärischer Hilfe gerufen worden. Ich bitte doch nicht mit dem Feuer zu spielen. Die Requirirung militärischer Kräfte ist eine sehr zweischneidige Waffe, von der nur in den alleräußersten und letzten Nothfällen Gebrauch gemacht werden müßte. (Beifall rechts.)

Abg. Strosser: Es wurde Herrn Stöcker Mangel an historischem Wissen vorgeworfen. (Sehr richtig! links!) Der Herr, der Sehr richtig! ruft, weiß von der ganzen Sache nichts. (Heiterkeit.) Stöcker's historisches Wissen ist mindestens gleichwerthig mit dem historischen Wissen, das die gesammte Fortschrittspartei in den letzten zehn Jahren gezeigt hat. Es ist zweifelhaft, wer heute in die Judenfrage weiter eingegangen ist, Stöcker oder Virchow. Ersterer hat diese Frage nicht aus freien Stücken hier wieder zur Sprache gebracht, sondern er ist hierzu durch Richter's neuliche Angriffe gezwungen worden. Virchow will den Juden das allen Staatsbürgern zukommende verfassungsmäßige Recht gewahrt wissen. Ja, es ist eigentlich sehr schwer zu sagen, was bei uns verfassungsmäßiges Recht ist, insbesondere ob es dauernd ein solches bleibt. Wenn der Vorredner hier die Freiheit der Katholiken in Vergleich zieht und dabei das Wort Emanzipation gebraucht, so muß ich sagen, daß die Katholiken in Preußen nicht mehr emanzipirt zu werden brauchen. Der Liberalismus hat freilich diese Freiheit wieder etwas einzuschränken gesucht. Herr Virchow irrt, wenn er meint, daß die Judenfrage durch die Erklärung des Ministers aus der Welt geschafft werde. Diese Frage betrifft nicht die religiöse Seite; wir haben die größte Achtung vor der Religion der Juden und wollen diese nicht antasten, wir verlangen nur, daß die Juden ebenso vor den Heiligthümern des Christenthums stillestehen. Nicht die semitische Abkunft machen wir ihnen zum Vorwurf. (Abg. Virchow: O ja!) Uns treibt nur die enorme Benachtheiligung, an welcher die Handwerker, Landwirthe und kleinen Beamten durch das wucherische Treiben der Juden zu leiden haben. Es gereicht der Fortschrittspartei zum Schaden, daß ihr fast alle Juden angehören, denn dadurch wird sie zur Vertheidigung des Judenthums veranlaßt und vergißt dabei, was sie ihrer Kirche schuldig ist. Wir unsererseits hätten nichts dagegen, daß sich die Juden, wenn sie unsere Gesinnung theilen, unserer Partei anschließen. Herr Virchow will auf seiner flüchtigen Reise in Rußland die Beobachtung gemacht haben, daß die dortigen Hetzereien eine Folge der hiesigen Agitation sei. Das heißt doch von uns einen Glauben fordern, der über alles geht, was in der Dogmatik an Glauben verlangt wird. Die Klagen über die Juden sind nicht blos bei uns im Gange, sondern fast überall, in Oesterreich, Ungarn, Rußland, Polen u. s. w. Bezüglich der englischen Meetings möchte ich an das Sprichwort erinnern: Jeder kehre vor seiner Thür. England hat genügend Ursache, Buße zu thun, wenn es sich das Vorgehen in Irland und den Opiumhandel vorhält. Die Judenfrage wird durch das Zusammenbringen von Juden und Christen in einer und derselben Schule keineswegs erleichtert. Nein, im Gegentheil: schiedlich, friedlich. Ich habe nur noch den Wunsch: lassen Sie alle Andeutungen darauf, was von uns außerhalb dieses Hauses in der Judenfrage gethan wird, dann werden auch wir hier nicht wieder auf dieselbe zurückkommen.

Abg. Richter: Unsere Stellung zum Versammlungsrecht in Berlin hat der Vorredner mißverstanden; wir halten die polizeiliche Ueberwachung für unnöthig soweit wir selbst im Stande sind unser Hausrecht zu wahren. Mein Freund Virchow hat gar keine Vorliebe für militärisches Einschreiten, wie der Herr Minister zu glauben scheint, er hat nur verlangt, daß man Exzessen mit aller Energie entgegentrete; wie das geschehen soll, das mag die Verwaltungsbehörde beurtheilen. Was die behauptete Verbindung der Fortschrittspartei mit den Juden anbelangt, so verhalten sich die Juden nicht anders wie andere Klassen der Bevölkerung. Die aufstrebenden Elemente unter ihnen, die naturgemäß die Hindernisse der Gesetzgebung am schärfsten empfinden, sind auf unserer Seite; die gesättigten Existenzen aber sind vielmehr geneigt, sich den Konservativen anzuschließen. Gehört etwa der Jude, den man in Berlin für den Einflußreichsten hält, zu der Fortschrittspartei? Daß die Juden sich jetzt zu den Konservativen sollen hingezogen fühlen, von deren Rednern sie in unerhörter Weise angefeindet werden, das heißt doch zu viel verlangt. Wir vertreten heute noch denselben Standpunkt in dieser Frage, den wir 1867 mit allen Konservativen, die mecklenburgischen Junker ausgenommen, vertreten haben, als es sich um die völlige Durchführung der Gleichberechtigung der Juden handelte. Was Herrn Dietze betrifft, so sehe ich aus dem Urtheil des Gerichts, daß er der gröbsten Verleumdungen gegen den Abg. Bamberger überführt ist; ich überlasse es gern Herrn Stöcker, ob er auf diesen seinen Freund deshalb so stolz sein will, weil er sich unglaublicher Gemeinheiten oder weil er sich der gröbsten Verleumdungen schuldig gemacht hat, ich weiß nicht, was von Beiden schlimmer ist. Nun hat Stöcker eine Parallele gezogen zwischen mir und Dietze, was ich aber zurückweise. Stöcker pflegt in der Weise zu zitiren, daß er Worte und Sätze herausklaubt aus dem Zusammenhange, und zur Grundlage von Angriffen macht. Ich habe hier im November 1880 in der sogenannten Judendebatte gesagt: was gehört denn viel Muth dazu, um diese Judenhetze zu betreiben? nach oben und nach unten? Der Berliner Mob amüsirt sich über Judenhetzen. Was macht Herr Stöcker daraus? Er sagt im Reichstage: was wir alles von der Fortschrittspartei hier erleben müssen, von der sogar eine Partei, die sich christlich nennt, Mob genannt wird! Stöcker hat neulich in einer Versammlung gesagt, das Wort, man müsse Preußen den Großmachtskitzel austreiben, ist antinational. Dieses Wort soll sich auf eine Rede beziehen, welche Schulze-Delitzsch im Jahre 1863 auf dem Frankfurter Abgeordnetentag gehalten hat zu jener Zeit, als die schleswigsche Erbfolgefrage und die österreichischen Projekte spielten. Es betrifft das also eine Frage, die heute unserem Verständniß sehr fernliegt. Aber bei einigem historischem Wissen hätte Stöcker wissen können, daß nichts der Wahrheit mehr widerspricht, als aus jener Aeußerung eine antinationale Richtung der Fortschrittspartei in jener Zeit zu deduziren. 1861 haben die Konservativen in einem Programm sich gegen eine diplomatische Einwirkung auf Italien erklärt und sich dabei gegen den Nationalitätenschwindel ausgesprochen. Dagegen verlangt das Programm der Fortschrittspartei von 1861 ein Deutschland der festen Einigung und mit einer starken Zentralgewalt in den Händen Preußens. Was hat Herrn Stöcker zu der heutigen Debatte über die Judenfrage die Veranlassung gegeben? Sein Debut im Reichstage bestand in der Anfechtung der Giltigkeit der Wahl der Abgeordneten Löwe und Virchow, er focht diese Wahlen an auf Grund von Behauptungen, die sich als unwahr erwiesen haben. (Hört, hört! links.) Er hat die unwahre Behauptung aufgestellt, daß Herr v. Forckenbeck die Wahlen beeinflusse; er hat Herrn Löwe vorgeworfen, daß er die Bezirksvorsteher in ihrer amtlichen Stellung beeinflusse; er hat große Fälschungen und Ungiltigkeiten bei den Berliner Wahlen behauptet. Nun, er hat deshalb wohl das Bedürfniß gefühlt, hier im Hause irgend eine große That zu vollziehen, ohne daß es ihm jedoch bisher gelungen ist. Auf seine erste Rede, von der er einen zweiten Theil im Reichstage angekündigt hatte, aber nach jenem Vorfall nicht mehr hielt, hat er eine Antwort bekommen, die ihr den gewünschten Eindruck entzog. Seitdem figurirte Herr Stöcker bei allen Etatstiteln auf der Rednerliste; er hat jedoch wegen des häufig sogar durch die Unterstützung der Konservativen herbeigeführten Schlusses der Debatten die längst vorbereitete Rede nicht halten können. (Unruhe rechts.) Gestern nun ist es ihm gelungen. Bezüglich der Straßmann'schen Aeußerungen hat er einen historischen Vorgang außer Betracht gelassen. Als der Minister von Puttkamer das Kultusministerium übernahm, traten auf einmal eine ganze Reihe Elemente mit Aeußerungen an die Oeffentlichkeit, die früher zurückhaltend waren. Die Pastorenkonferenz vom August 1879 führte die heftigste Sprache gegen Berlin und dessen Einrichtungen in Kirche und Schule. Einer der Herren sprach geradezu: Gott segne die Reaktion! Das war eine Herausforderung, hingeworfen der Berliner Bevölkerung und vor allem denen, die diese Berliner Einrichtungen zu vertreten in der Lage sind. Und da wandte sich Herr Straßmann in einer Kandidatenrede gegen die „wirklichen Ketzerrichter, die am liebsten die Andersgläubigen auf Scheiterhaufen verbrennen möchten und in Ermangelung dessen nur Haß und Zwietracht predigen. Gegen diese richten sich die vielberufenen Aeußerungen (Redner verliest dieselben), die ich vollständig unterschreibe. (Pfui! rechts.) Nur wenn Sie selbst sich zu den Ketzerrichtern rechnen, dann sind Sie auch berechtigt, die „giftige Viper" auf sich zu beziehen! Wir unterscheiden uns von Ihnen darin, daß wir die schlechten Menschen angreifen, wo wir sie finden. Sie benutzen einzelne Fälle des Wuchers von Juden, um diese Anklage gegen die Juden überhaupt zu erheben. Was würde man sagen, wenn man in gleicher Weise gegen den Adel verführe? In Oberschlesien giebt es nicht blos Juden in großer Zahl, die Wucher treiben, sondern auch eine Menge Katholiken, die dem Trunk ergeben sind. (Unruhe. Sehr richtig!) Wäre es recht, daraus irgend eine Schlußfolgerung gegen den Katholizismus zu ziehen? Was die angebliche Schuld der Juden an dem Börsenschwindel und Jobberei betrifft, so blicken Sie doch auf Frankreich, wo gerade die wenigsten Juden sind. Trotzdem haben wir dort gerade den denkbar größten Börsenschwindel erlebt, als dessen Theilnehmer gerade solche zitirt werden, die für sehr kirchlich und christlich gehalten werden. Ich soll über die christlichen Heiligthümer und die christlichen Prediger gespottet haben. Wo denn? Von Herrn Stöcker als Prediger habe ich nie gesprochen. Ich habe mich immer nur gegen den Agitator gewandt und ihn danach kritisirt. Ich werde mich auch von der Ausübung dieser Kritik durch seinen geistlichen Beruf nicht abhalten lassen. Herr Stöcker sagt, wogegen ich nicht Alles Hetzreden gehalten hätte! Habe ich jemals einen Vortrag angekündigt über die verderbliche Wirkung der Hofprediger (Oho! Heiterkeit) oder einen Vortrag über die Heuchelei der Geistlichen und dann an einem Beispiel auf die ganze Klasse exemplifizirt, wie es Herr Stöcker in Bezug auf die Juden thut? Auf religiösem Gebiet öffentlich in den Vordergrund zu treten, vermeide ich als Politiker. Wollen Sie aber wissen, wie ich über die Bewegung in der evangelischen Kirche denke, dann sage ich, ich stehe genau auf dem Boden des Regierungsprogramms des Prinzregenten vom Jahre 1858, wo es heißt: „Ich habe die Ansicht, in der evangelischen Kirche ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihren Grundanschauungen nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge die Heuchelei hat." (Sehr richtig! links. Ruf: Weiter lesen!) Das ist der Satz, haben Sie etwas, was ich weiterlesen soll, so bringen Sie es mir; ich weiß nicht, was ich weiterlesen soll? (Große Heiterkeit rechts; Ruf: weiter lesen!) „Die wahre Religiosität zeigt sich in dem ganzen Verhalten des Menschen und dies ist immer in's Auge zu fassen und von den äußeren Gebahrungen und Ausstellungen zu unterscheiden." (Hört! hört! Heiterkeit links.) Ich hatte leider das Zitat nicht so weit zur Hand. Abg. Stöcker stellt sich stets als den Angegriffenen dar und mahnt zum Schluß zur Milde und Versöhnlichkeit. Da habe ich Ihnen eine Blumenlese Stöcker'scher Angriffe auf die Fortschrittspartei und seine politischen Gegner aus seinen eigenen Blättern, dem „Reichsboten", „Deutschen Tageblatt" und aus konservativen Blättern zusammengestellt. (Redner verliest hierauf eine Reihe der bekannten Aussprüche.) Wenn Ihnen das nicht genügt, dann stehen Sie auf demselben sittlichen Standpunkt wie Stöcker! (Abg. v. Ludwig: das wollen wir auch!) Herr v. Ludwig, ich habe niemals gezweifelt, daß Sie ein vollständig würdiger Gesinnungsgenosse des Herrn Stöcker sind! (Große Heiterkeit links.) Herr Stöcker hat heute in folgender Weise argumentirt. Er spricht gegen die Juden und Judenpresse und zitirt jüdische Stimmen gegen den „Börsen-Courier", die sich verwahren dagegen, daß man für das, was dieses Blatt spricht, das Judenthum verantwortlich macht. In Berlin beginnt wieder die Judenhetze, in Berlin werden solche Predigten gehalten, wie die heutige des Herrn Stöcker! In Berlin giebt es Konservative, die der Sache vollständig fern stehen, aber man sucht jetzt die konservative Bewegung durch eine angebliche Verbindung mit der Judenhetze zu verfälschen, weil Stöcker und Genossen daran verzweifeln, auf andere Weise die konservative Partei irgendwie erheblich stark in Berlin zu machen. An den Litfaßsäulen stehen Vorträge von Henrici und Stöcker gegen das Judenthum; Letzterer kündigt in seinem christlich-konservativen Korrespondenzblatt eine Rede so an: Da alle Zuhörer nicht hätten Eintritt in die Tonhalle finden können bei dieser Rede, werde er sie nochmal halten. (Redner verliest Stellen aus dieser Rede.) Solche Rede reizt die Zuhörer auf das Aeußerste, entflammt sie nach jeder Richtung. Dann kommen die anderen Herren Pastoren der gleichen Richtung. Der eine freut sich der fortdauernden Milde und Hoffnungsfreudigkeit des Herrn Hofpredigers, überbietet ihn in seinen Ausdrücken. Ein Anderer kommt dann, der wieder einen milden Ton anschlägt, und zum Schluß spricht Herr Stöcker die Mahnung zur Liebe aus, wie wir hier auch gehört haben. (Heiterkeit links.) Wenn man in dieser Weise an das Höchste appellirt, was einem Deutschen in der Brust lebt, dann halte ich das für um so verderblicher, als schließlich der Zweck, zu dem man solche Reden hält, unmittelbar mit dieser Aufregung in gar keinem Zusammenhang steht. Stöcker sagt, er wolle die Emanzipation ja gar nicht rückgängig machen, und führt dann als praktisches Ziel an, daß die Richter und Lehrer in christlichen Schulen nicht jüdisch sein sollen, aber das könnte ja auch auf dem Verwaltungswege geschehen! Also auf dem Verwaltungswege das herbeizuführen, deshalb diese Aufreizung in weiten Kreisen! Der Zusammenhang dieser Reden mit den Ausschreitungen, von denen hier gesprochen ist, läßt sich durchaus nicht bestreiten. Warum hörte man in früheren Jahren, vordem Herr Stöcker hier auftrat, nichts von dergleichen? Alle jene Exzesse datiren erst seit seinem Auftreten! Die Regierung verfuhr vollkommen korrekt in jenem Reskript, welches sie im August vorigen Jahres erlassen hat, aber wir machen ihr den Vorwurf, daß sie es nicht früher erlassen hat. Den Landräthen, Regierungs-Präsidenten ist ja gesagt worden, daß sie die Vertreter der politischen Richtung des Ministeriums sein müßten: wie nun, wenn die Behörden irre werden, wenn sie glauben, daß dies in einem gewissen Einverständniß mit der Regierung geschehe, daß sie eine gewisse Neutralität wolle? Den Eindruck haben allerdings bis zu jenem Reskripte viele Behörden gehabt, daß sie nicht wußten, ob sie kräftig zugreifen sollten oder ob sie sich nicht still zu verhalten hätten. In jenem Reskripte hat der Minister vor Brandrednern gewarnt und damit insbesondere auch Herrn Henrici gemeint. Derselbe Henrici hat aber durch die Brandrede in den Reichshallen die antisemitische Bewegung in weitere Kreise getragen. Jetzt hat der Minister uns gesagt: wenn Unruhe, Tumult entsteht, dann muß die Polizeibehörde sofort auflösen. Als der nun seine Brandrede hielt, war der größte Tumult. Es ist nicht aufgelöst worden, und als die Sache vor Gericht kam, sagte der Polizeibeamte: und wenn der Tisch umgeworfen wird, an dem ich sitze, in Folge des Tumults, so bin ich nicht verpflichtet, eine Auflösung vorzunehmen. Wir wissen, daß dem Synagogenbrande in Neustettin eine von den Brandreden von Henrici in Neustettin vorhergegangen ist, und derselbe Henrici hat für diese Brandrede vom Fürsten Bismarck ein Danktelegramm erhalten. (Hört! Hört! links.) Solche Telegramme machten viele Behörden irre. Ich habe gestern das Wirken der Sprengkolonne geschildert, heute hat man aber darüber geschwiegen. Ist kein Zusammenhang dazwischen? Herr Strosser will die Trennung der Schulen. Aber trennen Sie die Kinder in der Schule, so werden Sie das friedliche Nebeneinanderleben gefährden. (Sehr richtig! links, Lachen rechts.) Herr Stöcker sagt: ich verwerfe es, daß man bei Juden nicht kaufen will. Die Sache hat zwei Seiten. Was würde man auf der andern Seite sagen, wenn man auch das Verkaufen unter dieselbe Regel stellte? Aber verkaufen wollen sie alle sehr gern an Juden, da kommt es darauf an, wer am höchsten bezahlt. Wie diese Scheidung in das gewöhnliche geschäftliche Leben eingreift, das zeigen die Inserate der christlich-sozialen Blätter, in denen durchweg die Parteistellung bezeichnet ist. Und da will man noch leugnen, daß diese Agitation die schärfste Scheidung in unserem gesammten Leben hervorbringt? Wenn man an Ausschreitungen erinnert, warum sollen wir dieses außerhalb Berlins nehmen? Ich selbst habe in Berlin in der Neujahrsnacht 1880/81 Hep-Hep-Rufe gehört, ich selbst kann Personen nennen, die, weil sie einen schwarzen Bart und schwarze Haare hatten, als Juden angesehen und deshalb angegriffen wurden. Ich habe hier Originalzettel, auf denen gedruckt steht: „Judenknechte", „Juden raus" und andere Sachen, die ich mich scheue zu verlesen. Solche Machwerke verbreitet man auf den Straßen und in Lokalen, legt sie dort Männern, die jüdisch aussehen, auf den Tisch. Sind das nicht Wirkungen der Agitation? Ich selbst empfange täglich Quittungen über die demoralisirende Wirkung der Stöcker'schen Agitation; fast täglich erhalte ich die gemeinsten Schmäh- und Drohbriefe, deren Stil und Schrift leider zeigen, daß sogen. gebildete Männer sie abfassen. Erst heute geht mir ein Brief des Inhalts zu: Sie und alle Ihre Parteigenossen sind reif zum Galgen zum Segen der Nation. Ein treuer Verehrer Sr. Majestät des Kaisers, des Fürsten Bismarck und des Hofpredigers Stöcker. (Große Heiterkeit.) Um unsere Stellung zur Judenfrage klarzulegen, kann ich nichts Besseres thun, als das verlesen, was Fürst Bismarck in Varzin zu einem jüdischen Geschäftsfreunde geäußert hat, und was durchaus zutreffend ist, wenn er auch leider durch spätere Danktelegramme an die Hauptyhetzer das Verdienst dieser Erklärung wieder verwischt hat. Fürst Bismarck sagte damals auf die sich selbst gestellte Frage, ob er mit der antisemitischen Bewegung einverstanden sei: Nichts kann unrichtiger sein! Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er auf religiöser Grundlage oder gar auf der der Abstammung sich bewege. Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen und sagen, es seien keine Deutsche. Daß die Juden mit Vorliebe mit Handelsgeschäften sich befassen, das ist Geschmackssache; durch ihre frühere Ausschließung von anderen Beschäftigungen mag es begründet sein, aber sicherlich berechtigt ist es nicht, über ihre größere Wohlhabenheit solche aufreizende Aeußerungen zu thun, die ich verwerflich finde. weil sie Neid und Mißgunst in der Menge anregen. Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden ihre verfassungsmäßigen Rechte, in irgend einer Weise verkümmert werden. Ihre geistige Organisation macht sie zur Kritik geneigt, und so findet man sie vorzugsweise in der Opposition. Aber ich mache keinen Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Gegnern der Wirthschaftspolitik, die ich nach meiner Meinung als ersprießlich für das Land verfechte. Ich kann mein Urtheil über die ganze Bewegung nicht besser zusammenfassen. als wie es die große Versammlung aller Berliner Wahlmänner in den Reichshallen gethan hat, die einstimmig diese Bewegung als eine Gefahr für den bürgerlichen Frieden und eine Schmach des deutschen Namens verurtheilt hat. (Lebhafter Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Ich muß nochmals dagegen Verwahrung einlegen, als hätten die westpreußischen und pommerschen Behörden irgendwie eine schwankende oder unzuverlässige Haltung bei jenen Tumulten gezeigt. Was die Neustettiner Ereignisse betrifft, so geht aus einem amtlichen mir vorliegenden Bericht hervor, daß die Beschuldigung der Juden, die Antisemiten hätten nach der Henrici'schen Rede absichtlich die Synagoge in Brand gesteckt, im Laufe der Untersuchung widerlegt worden ist.

Abg. Cremer: Man bemüht sich, diese Wahlbewegung als ein Produkt von Niedertracht und Eigennutz darzustellen. Bildet sich Herr Richter ein, eine einzige Brandrede eines Dr. Henrici, den bis dahin kein Mensch gekannt, wäre im Stande gewesen, eine solche Bewegung zu erzeugen? Nein, der Boden und Keim war da, und es bedurfte nur einer einzigen Befruchtung, um die Saat in die Halme schießen zu lassen. Mir hat man es gerade zum Vorwurf gemacht, daß ich die Judenfrage nicht in Angriff nahm und der Professor Wagner wurde längere Zeit von seinen Wählern deshalb nicht goutirt, weil er zu dieser Frage eine zu mäßige Stellung einnahm. Wir verschließen Ihnen unsere Versammlungen nicht, kommen Sie, ich will Sie hineinführen. Sie aber schließen Jeden aus, der einigermaßen deutsch aussieht (Heiterkeit), und Jeder, der das Glück hat, einen orientalischen Typus zu tragen, wird zugelassen. Als ich in die Bewegung eintrat, lagen die sämmtlichen Elemente vor und wir brauchten sie blos zu organisiren. Wir wollten weiter nichts, als gegen den auf dieser Stadt lastenden Forschrittsring Front machen. Einen großen konservativen Mischmasch wollten wir nicht bilden. Ich bin von meinem Zentrumsstandpunkt nicht einen Augenblick zurückgegangen und auch die verschiedenen Parteigruppen sind auf demselben Standpunkt geblieben, alle waren wir nur einig in dem Gedanken: fort mit der Fortschrittspartei! Die Bewegung wird fortgesetzt werden in der Weise wie bisher (hört! hört! links). Jawohl, hört, hört, merken Sie sich's (Heiterkeit). Ihr Vorwurf, wir wollten nur hetzen, wäre gerechtfertigt, wenn wir jetzt aufhörten. Ich biete nicht die Hand zum Frieden, sondern sage: auf zum frischen, fröhlichen Wahlkampf im Herbst. Herr Richter, gerade er hat den Schutz der Polizei an sich selbst erfahren. Wäre die Polizeimannschaft nicht so stark an Ort und Stelle gewesen, so hätte er erfahren, daß es noch eine andere Schlagfertigkeit giebt, als diejenige, welche mit der Zunge geübt wird. (Große Heiterkeit.) Ich selbst habe einem, der den traurigen Muth hatte, mir anzuzeigen, er habe sich mit Mehreren zusammengethan, um Herrn Richter zu verhauen (Große anhaltende Heiterkeit) gesagt, ich würde der erste sein, der dies bei der Staatsanwaltschaft anzeigte. Herr Richter wollte erfahren, ob der geheime Fonds für die „Wirthshausfestlichkeiten" im September und Oktober v. J. verwendet worden sei. Die einfachste Logik hätte ihm doch sagen sollen, daß jener Fonds nur eine Lappalie ist, wenn es sich darum handelt, Berlin bei sich zu Gaste zu laden. Wir haben von der Regierung weder einen Pfennig bekommen, noch gewollt. Das Wort „Wirthshausfestlichkeiten" ist mit echt Richterscher Absichtlichkeit gebraucht worden, es lag darin der Vorwurf versteckt, daß das Komitee Freibier gegeben hätte. Wenn Herr Richter mir einen Menschen namhaft machen kann, der am 2. September oder 18. Oktober auf Kosten des Zentralkomitees auch nur ein Seidel bekommen hat, dann würde ich öffentlich revoziren. Für Sie ist aber das Beweisen nicht die Hauptsache, sondern das Behaupten und das Erzielen des augenblicklichen Effekts. Das Beste ist, wenn man am Abend sagen kann, dem habe man es einmal gut gegeben, dann ist man ein großer Politiker. (Große Heiterkeit.) Die ganze Seichtheit der Richter'schen Argumentation geht auch aus Folgendem hervor.

Er sagt: in Oberschlesien trinken viele Katholiken Schnaps, und niemand sagte, alle Katholiken wären Trinker, also könnte man auch nicht alle Juden für Wucherer halten, weil einige in Oberschlesien Wucher treiben. Herr Richter, in Oberschlesien trinken allerdings die Katholiken, aber anderswo thun sie es vielleicht nicht. Dagegen Wucherjuden giebt es nicht blos in Oberschlesien, sondern überall. (Beifall rechts.) Er sagt, was würde man thun, wenn man den großen Börsenkrach in Frankreich allen Christen in die Schuhe schöbe. Das ist redlich geschehen, und man kann kein semitisches Börsenblatt in die Hand nehmen, in welchem nicht diese Sache mit der legitimistischen Partei, mit dem Grafen Chambord und mit dem österreichischen Kaiserhause in hämischer Weise in Verbindung gebracht wird. Man hat sich nicht gescheut, mich als einen Regierungskandidaten zu verdächtigen. Ich bitte den Hrn. Minister, Zeugniß dafür abzulegen, ob ich in irgend einer Beziehung etwas gethan oder gesagt, was diese Behauptung rechtfertigt. In Wirklichkeit habe ich der konservativen Bewegung bereits angehört, bevor noch an die Gründung des „Deutschen Tageblattes" gedacht war. Niederträchtigkeiten und Verleumdungen werden mich aber nicht abhalten, in diesem Kampf auszuharren, bis wir den Sieg errungen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Schröder (Lippstadt): Früher hörten wir wohl von Ihnen (links), daß die Trennung von Kirche und Staat das einzige Mittel sei, um einen friedlichen Zustand herbeizuführen. Aber als dann der Kulturkampf kam mit seiner argen Verquickung von Staat und Kirche und wir unfähig, die Drangsale weiter zu ertragen, Ihnen zuriefen: so gebt uns doch, wie Ihr verheißen, die Trennung von Staat und Kirche, da verschwand dieselbe von Ihrem Parteiprogramm, auf dem sie bis dahin figurirt. An Stelle des kurzen Satzes trat eine langathmige Phrase, und Ihre Antwort auf unseren Nothruf war das Klostergesetz, die Aufhebung der Ordensgesellschaften. Es ist, als ob ein elektrischer Schlag die Linke träfe, wenn hier die Judenfrage erörtert wird. Das macht oft den Eindruck, als ob bei ihnen die Absicht vorwalte, eine sachliche Diskussion dieser Frage unmöglich zu machen. Wenn ich mich da erinnere, wie viel stärkere Dinge sich hier zugetragen, als noch der Kulturkampf spielte, wie man sich da Herrn Günther aus Nürnberg kommen ließ, um ihn „über die Gefahren des Ultramontanismus für die Bildung" zu hören, so fühle ich mich oft veranlaßt, Ihnen zuzurufen: gebt doch Gedankenfreiheit. Die Anpreisung der Simultanschule als Vermittlerin verstehe ich nicht. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, daß die Simultanschule nur da u führt, daß sich die Jungen schon mit dem achten Jahre prügeln.

Abg. Clairon d'Haussonville: Der Abg. Richter hat gefragt, warum der Herr Minister die Beamten nicht instruirt; dieselben hätten nicht gewußt, was sie thun sollten. Ich gehöre zu diesen Beamten und kann erklären, daß wir in voller Erkenntniß der ernsten Situation uns stets vor Augen gehalten, was uns vorgeschrieben war: Leben und Gut aller Unterthanen ohne Rücksicht auf ihre Religion in Schutz zu nehmen. Ich muß also derartige Insinuationen zurückweisen. Jedes Kind in Neustettin weiß, daß ein Christ nicht schuld ist an dem Synagogenbrand, sondern höchst wahrscheinlich ein Tempeldiener.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Virchow: Herr Strosser hat behauptet, ich habe dem Abg. Söcker mit Unrecht vorgeworfen, daß er Rassenhaß predige. Ich verweise den Abg. Strosser auf eine Broschüre des Herrn Stöcker, die ich am 20. November 1880 zitirt habe, in derselben sagte er klar, daß sich in diesem Kampf zwischen Juden und Christen Rasse gegen Rasse gegenüberstehe.

Abg. Stöcker: Herr Virchow hat den Dr. Henrici meinen Apostel genannt. Derselbe ist vollkommen unabhängig und hat nie in meinem Auftrag gehandelt. Er hat mir sodann Mangel an Wissen vorgeworfen. Ich habe zwar nie bei ihm ein Kulturexamen gemacht, aber wer meine Reden mit seinen regenwurmartigen Reden vergleicht, wird zugeben, daß mein Wissen besser geordnet ist, als das seine. (Gelächter links.)

Abg. Richter: Der Abg. Cremer hat seinem Unwillen mir gegenüber Luft gemacht, weil er bei der Reichstagswahl gegen mich unterlegen ist. Er hat durch seine heutige Rede nur gezeigt, mit was für Elementen wir hier zu kämpfen haben. (Sehr richtig! links.) Auf jede fernere Auseinandersetzung mit ihm verzichte ich, nachdem er hier im Hause verblieben ist, trotzdem seine Wähler einstimmig erklärt, daß er ihr Vertrauen verloren habe.

Abg. Cremer: Mich hält nur die Pflicht zurück. Wir wollen sehen, wer von uns nach 3 Jahren wiederkommt.

Abg. Richter: Ich werde abwarten, ob der Abg. Cremer im nächsten Jahre wiederkommt. Ich erkläre aber, daß seine Worte für mich nicht so viel Gewicht haben, wie die Worte eines anderen Abgeordneten, nachdem er seinen Wählern gegenüber ein soches Verhalten beobachtet hat.

Abg. Cremer: Trotz der Erklärung, sich nicht mehr mit mir zu befassen, hat der Abg. Richter mich soeben wieder angegriffen. Ich begreife übrigens, daß er nach dem heutigen Debüt nicht mehr mit mir anbinden will.

Die Ausgaben für die Polizeiverwaltung werden genehmigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Beamtenwittwenpensionsgesetz mit dem dazu gehörigen Antrag Virchow und Packhofsgesetz.)

Herrenhaus.

9. Sitzung.

Berlin, 25. Februar, 11 Uhr. Am Ministertisch: Lucius, Friedberg und Kommissarien.

Auf der Tages-Ordnung steht lediglich die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Landgüterordnung in Westfalen und die Ausdehnung derselben auf die Kreise Rees, Essen (Stadt und Land), Duisburg und Mühlheim a. d. R. auf Grund des Berichtes der Agrarkommission, deren Referent Frhr. v. Landsberg ist. Die Vorlage schließt sich an die hannoversche Höfe-Ordnung an. Jede zum Betriebe der Land- und Forstwirthschaft bestimmte Besitzung, die einen Katastral-Reinertrag von mindestens 75 M. ergiebt, kann in die Landgüterrolle eingetragen werden. Die Eintragung hat zur Folge, daß der älteste Sohn — in Ermangelung von Söhnen, die älteste Tochter — das Landgut zu einer billigen Taxe ungetheilt übernehmen kann; für die Kreise, in denen bisher dem jüngsten Sohn das Gut gewohnheitsmäßig übertragen wurde, bleibt dies Recht bestehen. Der zwanzigfache Betrag des Grundsteuerreinertrages und des Nutzungswerthes des Gebäudes gilt als Werth des Gutes; dabei bleiben jedoch die zur Wohnung des Eigenthümers, seiner Familie und seiner Arbeiter, sowie zur Bewirthschaftung erforderlichen Gebäude außer Rechnung, ebenso Bäume und Holzungen, das Gutsinventar und die sonstigen beweglichen Pertinenzstücke. Besonders abgeschätzt und dem Gutswerthe hinzugesetzt werden die nutzbaren Gerechtigkeiten, der forstwirthschaftliche Grundbesitz und etwaige gewerbliche Anlagen. Streitigkeiten über die Taxe werden durch Schiedsrichter erledigt. Nach dieser Taxe erfolgt die Feststellung der Abfindungssumme der Miterben, welche das Landgut nicht übernommen haben.

Die von der Kommission vorgenommenen Aenderungen sind größtentheils redaktioneller Natur; nur im § 17 hat die Kommission einen Zusatz beschlossen, daß bei der Taxe des Werthes außer Rechnung bleiben sollen „die dem Eigenthümer zufallenden Versicherungsgelder für solche Gebäude, insofern die letzteren abgebrannt oder durch Brand beschädigt und die Gelder nicht zur Wiederherstellung derselben verwendet sind."

Landwirthschaftsminister Dr. Lucius erklärt, die Aenderung in § 17 könne er nicht akzeptiren; die Versicherungsgelder müßten nach den allgemeinen Grundsätzen, welche gesetzlich darüber fixirt seien, behandelt werden. Der Minister bittet, diese Aenderung abzulehnen.

Freiherr v. Mirbach bezeichnet es als ein hervorragendes Verdienst des Abg. v. Schorlemer, diese Gesetzgebung angeregt zu haben, weil dieses Gesetz das römische Recht durchbreche und altdeutsches Recht erhalte, welches noch im Volke in Geltung war. Die Rezeption des römischen Rechtes hindert die Durchdringung aller unserer Staatseinrichtungen mit dem christlichen Geiste. Redner beruft sich auf Mommsen's Urtheil über die römische Geldwirthschaft und deren schlimme soziale Folgen. Jetzt gelte es, an die Stelle der atomisirten Gesellschaft korporative Genossenschaften zu setzen; ein Schritt dazu ist die Erhaltung des Grundbesitzes in der Familie, was dieses Gesetz ermöglicht. Das römische Erbrecht hat die Zersplitterung des Grundbesitzes zur Folge; das Pflichttheilsrecht — welches nur angewendet werden sollte, wenn der Erblasser zu Ungunsten der nächsten Verwandten an Fremde hinterlassen will — hat die Ueberschuldung des Grundbesitzes zur Folge gehabt. Ein Haupt-Uebel aber sei die Kapitalverschuldung des Grundbesitzes; der Grundbesitz werfe nur eine geringe Rente ab, er könne also Kapitalien nicht zurückzahlen, sondern nur eine Tilgungsrente abgeben.

Professor Dernburg: Die Vorlage schließe sich allerdings der hannoverschen Höferolle an, aber man habe die Mängel derselben, die sich erst nach zwei oder drei Jahrzehnten herausstellen würden, nicht erwogen.

Landrath v. Winterfeld führt aus, daß das Gesetz nur die in dem Bauernstande fest bestehende Sitte fixire; es werde Niemandem eine Verpflichtung auferlegt, sondern es stehe jedem frei, sich dem Gesetze zu unterwerfen. Redner hält ebenfalls eine Revision des Erbrechts für nothwendig, aber auch in Bezug auf den Gewerbe- und Handelsbetrieb.

Herr v. Rath spricht die Hoffnung aus, daß auch bald den unter dem Code Napoléon stehenden Landestheilen der Rheinprovinz ein ähnliches Gesetz zu Theil werden würde.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Aus dem weiteren Verlauf der Spezialdiskussion ist noch hervorzuheben, daß der Minister Dr. Lucius auf eine Anfrage des Grafen Schulenburg-Beetzendorf erklärt, daß für die Provinzen, deren Provinzialvertretungen sich für einen solchen Gesetzentwurf erklärt hätten, eine gleiche Regelung der Materie beabsichtigt werde; es handle sich augenblicklich nur um die Provinz Brandenburg.

Der § 17 wurde unter Streichung des vom Minister bemängelten Satzes über die Versicherungsgelder (s. o.) angenommen.

Die übrigen Paragraphen werden nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 25. Februar. Heute Vormittag begaben sich die Professoren und Dozenten der Universität zu dem Oberpräsidenten v. Horn und dankten demselben für sein segensreiches Wirken als Kurator der „Albertina". Für den Abend sind ein Fackelzug und ein Kommers der Studirenden beabsichtigt.

Stuttgart, 25. Februar. Der König hat gestern Morgen seine Reise nach Italien angetreten und ist nach hier eingegangenen Nachrichten heute wohlbehalten in Florenz angekommen. Alle Schriftstücke und Akten in wichtigeren Regierungsangelegenheiten werden dem König nachgesendet, alle übrigen Angelenheiten werden auf Grund der vom König ertheilten Vollmacht durch das Staatsministerium unter dem Vorsitze des Prinzen Wilhelm erledigt.

Augsburg, 25. Februar. Die „Allgem. Zeitung" meldet: Das an den Ministerpräsidenten v. Lutz gerichtete Handschreiben des Königs betont, daß der König stets die Kirche geschützt habe und beschützen werde; er erblicke in der Pflege des religiösen Sinnes des Volkes die Grundlage für die Ordnung und diese sei die Hauptaufgabe der Regierung. Die Regierung müsse aber die Bestrebungen, dem Rechte der Krone entgegenzutreten, zurückdrängen. Schließlich spricht der König Lutz und sämmtlichen Räthen der Krone seine allerhöchste Anerkennung für ihr bisheriges Verhalten aus, sowie das Vertrauen, daß sie unter allen Schwierigkeiten fest ausharren werden.

Wien, 25. Februar. Offiziell. Das angriffsweise Vorgehen gegen Zagorje ist eingeleitet. Laut Meldung des Generalkommandos in Serajewo vom 19. d. Mts. sollten im Einverständnisse mit FML. Baron Jovanovic 4 Kolonnen unter dem General Leddihn, den Obersten Arlow und Haas, so wie dem General Sekulich am 20. und 21. d. Mts. von Tirnova und Foca aus, so wie von Mostar und Nevesinje als von Gacko aus so marschiren, daß sämmtliche Kolonnen am 24. Februar bei Kalinovic und Mjehovia sich vereinigen. Sämmtlichen Kolonnen waren Gebirgs-Batterien beigegeben. Der inzwischen eingetretene starke Schneefall und die Ungunst der Witterung veranlaßten das General-Kommando nicht, diese Dispositionen zu ändern. Die Kolonne Leddihn hatte am 21. Februar ein hartnäckiges dreistündiges Gefecht mit stärkeren Insurgentenbanden, welche theils gegen die Jabovina-Planina, theils gegen Jelec zurückgingen und 6 Todte zurückließen. Die Truppen verloren 6 Schwerverwundete. Die Kolonne Arlow fand am 21. d. die Ortschaften Dobropolje, Kerbljina-Han, Rogoy und Maros größtentheils von Einwohnern verlassen. Kratloscharte und Kerbljina-Han wurden von Insurgenten besetzt gefunden. Die Truppen beschränkten sich auf die Rekognoszirung und kam es nur zu kurzen Feuergefechten. Die Kolonne Leddihn erreichte am 22. Februar Nachmittags Polica, ohne auf Insurgenten zu stoßen. Zwei Kompagnien der Kolonne Arlow stießen unterhalb Maljevaravan auf 300 Insurgenten, die nach einem kurzen Gefechte zersprengt wurden. Ein aufrührerischer Ort auf dem Plateau von Maljevaravan wurde gezüchtigt, weil Bewohner aus den Häusern die Truppen beschossen. Die Truppen hatten keine Verluste, die Verluste der Insurgenten waren nicht festzustellen. Es herrschte sehr ungünstiges Wetter und nebeldichtes Schneegestöber. Die Kolonne Sekulich traf auf ihrem Marsche gegen die Javor-Planina auf ein bei der herrschenden Witterung vollkommen unpassirbares Terrain und mußte in Foinica den weiteren Vormarsch einstellen. Die Kolonne Haas stieß am 22. Februar bei Glavaticevo auf ca. 600 Insurgenten, welche auf beiden Ufern der Narenta sehr starke Stellungen okkupirten. Dieselben wurden auf beiden Ufern vollkommen geworfen und hatten bedeutende Verluste, nahmen aber Todte und Verwundete mit sich fort. Verlust der Truppen: 1 Hauptmann und 1 Mann schwer, 3 Mann leicht verwundet. — Oberst Arlow meldet am 23. d. Abends: Die Verbindung mit der Kolonne des General Leddihn ist hergestellt, von den Insurgenten ist nichts zu sehen. — General Leddihn meldet aus Kalinovic am 23. d. Abends, daß er mit seiner Kolonne das Plateau von Zagorje erstiegen habe. Borja, Jelasca, Kalinovic und die anderen Ortschaften in der Umgebung seien frei von Insurgenten, die Verbindung mit der Kolonne des Oberst Arlow sei hergestellt. Am 24. d. lasse er gegen Hotolje die Verbindung mit dem Oberst Haas aufsuchen. — General Obadich meldet aus Foca am 23. d. Abends: Eine als Rekognoszirungspatrouille über Lojo gegen Brod ausgesandte Kompagnie überraschte eine Schaar Insurgenten. Es entspann sich ein heftiges Gefecht, in welches noch 1½ Kompagnien und eine Gebirgsbatterie eingriffen. Das Gefecht dauerte etwa sechs Stunden. Während ein Theil der östereichischen Truppen die Insurgenten am Südabhange von Cerni Vjerh festhielt, nahm der Rest der österreichischen Truppen den Nordausgang von Brod mit Sturm. Die Insurgenten überschifften und durchfuhrteten auf das Eiligste die Drina und eröffneten von dem linken Ufer der Drina aus sofort von Neuem ein lebhaftes Feuer, wurden jedoch schließlich durch das Feuer der österreichischen Truppen gezwungen, das Ufer zu verlassen und zogen sich in das Bistricathal und am Ostabhange von Zakmur in Häuser zurück. Sie wurden aber auch schließlich von dort verjagt. Schwimmende Infanteristen brachten die Fähre von dem linken Ufer der Drina auf das rechte. Dieselbe ist nach Foca gebracht worden. Bei dem Kampf gegen die Häuser auf dem linken Ufer der Drina gingen mehrere Häuser in Flammen auf. Zahlreiche Detonationen in brennenden Häusern bewiesen das Vorhandensein nicht unbeträchtlicher Vorräthe von Patronen. Verlust der Truppen: 1 Offizier schwer und 3 Mann leicht verwundet. Die Insurgenten verloren etwa 40 Todte und über 60 Verwundete.

Pest, 25. Februar. Das Unterhaus nahm die bosnische Kreditvorlage mit 232 gegen 80 Stimmen an. Ministerpräsident Tisza war wiederholt für dieselbe eingetreten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celf. Grad.
25. Nachm. 2	757,5	SW mäßig	bedeckt	+ 7,9
25. Abnds. 10	756,5	SW mäßig	heiter	+ 2,7
26. Morgs. 6	751,1	SW schwach	bedeckt	+ 3,7
26. Nachm. 2	746,6	S mäßig	trübe	+13,7
26. Abnds. 10	742,9	SW mäßig	bedeckt	+ 9,3
27. Morgs 6	739,6	SW mäßig	bedeckt	+ 8,7

Am 25. Wärme-Maximum + 9°6 Celf.
= = Wärme-Minimum + 1°4 =
= 26. Wärme-Maximum +15°2 =
= = Wärme-Minimum + 1°0 =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Februar Morgens 1,30 Meter.
= = 27. = Morgens 1,34 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 25. Februar. (Schluß-Course.) Anfangs matt, Schluß fest.

Lond. Wechsel 20,465. Pariser do. 81,03. Wiener do. 170,00. K.-M. St.-A. 127⅛. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 100⅜. K.-M.-Pr.-Anth. 127⅞. Reichsanl. 101. Reichsbank 147¾. Darmstb. 151½. Meininger B. 87. Oest.-ung. Bk. 690,50. Kreditaktien 257⅞. Silberrente 63⅜. Papierrente 62½. Goldrente 78⅜. Ung. Goldrente 72. 1860er Loose 117⅜. 1864er Loose 327,50. Ung. Staatsl. 220,00. do. Ostb.-Obl. II. 91⅜. Böhm. Westbahn 250⅞. Elisabethb. —. Nordwestbahn 169¼. Galizier 245½. Franzosen 255 Lombarden 109¼. Italiener 86⅛. 1877er Russen 85⅞. 1880er Russen 68¾. II. Orientanl. 56¼. Zentr.-Pacific 110⅞. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 56. Wiener Bankverein 96¼. ungarische Papierrente —. Buschtiebrader — Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 259, Franzosen 254⅞, Galizier 245¾, Lombarden 109¼, II. Orientanl. —, III. Orientanl. — österr. Goldrente —.

Wien, 24. Februar. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 287,50, österr. Krediktaktien 293,75, Franzosen 298,00, Lombarden 127,75, Galizier 287,50, Anglo-Austr. —, österr. Papierrente 73,55, do. Goldrente 92,00, Marknoten 58,90, Napoleons 9,56, Bankverein 107,50, Elbthal 207,75, ungar. Papierrente 84,60, 4prozent. ungar. Goldrente 84,65, 6proz. ungar. Goldrente —, —, Nordwestbahn —, —. Geschäftslos.

Wien, 19. Februar. (Privatverkehr) Ungar. Kreditaktien 292,00, öster. Kreditaktien 298,75, Franzosen 300,50, Lombarden 129,00, Galizier 289,70, Nordwestbahn 201,70, Elbthal 209,00, österr. Papierrente 73,95, do. Goldrente 92,30, ungar. Papierrente —,—, 4proz. ungar. Goldrente 85,05, Marknoten 58,90, Napoleons 9,55, Bankverein 109,50. Recht fest auf die Meldung des Petersburger „Herold" und die Nachrichten bus der Crivoscie.

Newyork, 25. Februar. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94¼, Wechsel auf London 4,85, Wechsel auf Paris 5,17½, 3½proz. fundirte Anleihe 101⅞, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 118, Erie-Bahn 37⅜, Zentral-Pacific 113½, Newyork Zentralbahn 131, Chicago-Eisenbahn 141. Cable Transfers 4,90¾.

Geld steif, für Regierungssicherheiten 2½ Prozent, für andere Sicherheiten 2 Prozent.

Produkten-Kurse.

Bremen, 25. Februar. Petroleum. (Schlußbericht) Sehr fest. Standard white loco 7,20 bez. und Käufer, pr. März 7,20 bez. und Käufer, per April 7,40 Br., per Mai 7,50 Br., pr. August-Dezember 8,15 Br.

Hamburg, 25. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, auf Termine flau. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen per April-Mai 229,00 Br., 219,00 Gd., per Mai-Juni 220,00 Br., 219,00 Gd. Roggen per April-Mai 162,00 Br., 161,00 Gd., per Mai-Juni 159,00 Br., 158,00 Gd. Hafer still, Gerste ruhig. Rüböl matt, loco 57,00, per Mai 57,00. — Spiritus still, per Februar 40½ Br., per März-April 40 Br., per April-Mai 40 Br., per Mai-Juni 40 Br. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum fest. Standard white loco 7,65 Br., 7,55 Gd., per Febr. 7,55 Gd., per August-Dezember 8,20 Gd. — Wetter: Schön.

Produkten-Börse.

Berlin, 25. Febr. Wind: W. Wetter: Veränderlich.

Weizen per 1000 Kilo loko 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark ab Bahn, per Februar 217 bezahlt, per Februar-März — M. bez., per April-Mai M. 2181 bez., per Mai-Juni 218—218—218½ M. bez., Juni-Juli 219—218—218½ M. bez., Juli-August 211½—211 M. bez., Sept.-Oktober 210 Mark bez. — Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. — **Roggen** per 1000 Kilo loko 158—172 Mark nach Qualität gefordert, hochfeiner inländischer 165—171 Mark ab Bahn bezahlt, exqu. do. — M. ab B. bez., f. poln. 165—171 M. ab B. bez., alter — M. ab B. bezahlt, russischer und polnischer 158—164 Mark a. B. bezahlt, Februar 165 M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 164—164½—164¼ Mark bez., per Mai-Juni 163 bis 163½—163¼ M. bez., Juni-Juli 161½—162—161¾ bez., Juli-August 160¼—160 bez. Gekünd. — Ztr. Regulirungspreis — Mark. — **Gerste** per 1000 Kilo loko 133—200 Mark nach Qualität gefordert. — **Hafer** per 1000 Kilo loko 130—172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 130 bis 172 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 140—151 M. bezahlt, pommerscher und Uckermärker 140—148 bezahlt, schlesischer 149—154 bez., böhmischer 150—154 M. bezahlt, do. fein 156—160 bez., fein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 135½—136½ bez., per Mai-Juni 137—137¾ bez., Juni-Juli 139—139½ Mark bez. Gekündigt — Ztr. Regulirungspr. — M. — **Erbsen** per 1000 Kilo Kochwaare 165—200 M., Futterwaare 145 bis 163 Mark. — **Mais** per 1000 Kilo loko 134—145 nach Qualität gefordert, per Februar — M., Februar-März — M., per April-Mai 137 M. bez., per Mai-Juni 136 Mark, per Juni-Juli 135 M., per September-Oktober 134 Mark. Gekündigt — Ztnr. Regulirungspreis — M. — **Weizenmehl** per 100 Kilogramm brutto 00: 31,00 bis 29,50 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Mark. — **Roggenmehl** inkl. Sack 0: 24,50 bis 23,50 Mark, 0/1: 23,00 bis 22,00 M., Februar 23,75 M. bez, per Februar-März 22,65 Mark bez., per April-Mai 22,60—22,55 Mark bez., per Mai-Juni 22,40 bez. per Juni-Juli 22,30 bez., per Juli-August 22,10 bezahlt. Marke Klir-Bärwalde 0/1: — bz. Gekündigt 2000 Ztr. Regulirungspreis 22,80 M. — **Oelsaat** per 1000 Kilo —. Winterraps — M. Winterrübsen — Mark. — **Rüböl** per 100 Kilo loko ohne Faß 54,5 M. mit Faß 54,8 M., per Februar — M. bez., Februar-März — Mark bez., per April-Mai 55,1—55,0—55,1 Mark bez., Mai-Juni 55,6—55,0—55,1 bez., Juni — bez., September-Oktober 55,9 Mark bez. Gekünd. — Ztr. Regulirungspr. — M. — **Leinöl** per 100 Kilo loko — M. — **Petroleum** per 100 Kilo loko 25,1 Mark, per Februar 24,6 M. bezahlt, per Februar-März 24,0 bezahlt, per April-Mai 23,9 bez., per Mai-Juni — Mark bezahlt, per September-Oktober 24,7 Mark bez. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — **Spiritus** per 100 Liter loko ohne Faß 47,3 bez., per Februar 48,0—47,9 bez., per Februar-März 48,0—47,9 bez., per März-April — Mark bez., April-Mai 48,5 bis 48,3—48,4 bez., per Mai — Mark, per Mai-Juni 48,7—48,5—48,6 bez., per Juni — Mark bez., per Juni-Juli 49,6—49,5—49,6 Mark bez., per Juli-August 50,5—50,4—50,5 M. bez., per August-September 50,8—51,0 bis 50,9 bezahlt. Gekündigt 20,000 Liter. Regulirungspreis 47,9 M.

(B. B.-Z.)

Stettin, 25. Februar. [An der Börse.] Wetter: Bewölkt. + 6 Gr. R. Barometer 28,5. Wind SW

Weizen matt, per 1000 Kilo loko gelber inländischer 210—222 Mark, weißer 212—223 M., geringer 185—200 Mark, per April-Mai 222 bis 220—221 M. bez., per Mai-Juni 221 M. bez., per Juni-Juli 221 Mark bezahlt, — **Roggen** niedriger, per 1000 Kilo loko inländischer 160—163 M., per April-Mai 162,5—161 M. bezahlt, per Mai-Juni 161,5—161 M. bezahlt, Juni-Juli 160 M. bez., per September-Oktober 157 M. bez. — **Gerste** matt, per 1000 Kilo loko Brau- 150 bis 160 Mark, Futter- 120—135 M. — **Hafer** unverändert, per 1000 Kilo loko inländischer 140—150 M — **Erbsen** ohne Handel. — **Winterrübsen** matter, per 1000 Kilo per April-Mai 267 M. Br., per September-Oktober 261 M. bez. — **Rüböl** flau, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 55 M. Br., per Februar 55,25 M. Br., per April-Mai 55,5—55,25 M. bez., per Mai-Juni —, per September-Oktober 56 Mark Br. — **Winterraps** per 1000 Kilo — Mark. — **Spiritus** matter, per 10,000 Liter-pCt. loko ohne Faß 45,7 Mark bezahlt., mit Faß — Mark bezahlt, kurze Lieferung, ohne Faß — M. bez., per Februar 46,6 M. nom., per April-Mai 48,1—48—47,8—48 M. bez., Br. u. G., per Mai-Juni 48,5 M. Br. und Gd., per Juni-Juli 49,2 M. bez., per Juli-August 49,9 M. Br. u. Gd., per August-September 50,5 M. Br. und Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen — M., Roggen — M. Rübsen — M., Rüböl 55,25 M., Spiritus 46,6 M. — **Petroleum** loko 7,55 M. transf. beahlt, alte Usanz — M. tr. bez., Regulirungspreis 7,55 M. transf.

Heutiger Landmarkt: Weizen 200—222 M., Roggen 165—172 M., Gerste 155—162 M., Hafer 150—160 M., Erbsen 170—195 M. Kartoffeln 30—42 M., Heu 3—3,5 M., Stroh 42—45 M.

(Ostsee-Ztg.)

Berlin, 25. Februar. Die heutige Börse zeigte in ihrer Gesammthaltung wieder eine weniger freundliche Physiognomie als gestern. Natürlich waren es wieder politische Betrachtungen und Erwägungen, die der Tendenz einen matteren Charakter verliehen. Die Kontremine hat im Augenblick ziemlich freies Spiel, und sie läßt auch keine Gelegenheit entgehen, sich mit ihren Bestrebungen in den Vordergrund zu drängen. In den Mitteln, die sie zur Erreichung ihrer Zwecke benutzt, ist sie nicht allzu wählerisch, und wenn Thatsachen und beglaubigte Nachrichten fehlen, so nimmt man Zuflucht zu der Kunst, Gerüchte zu schmieden oder man bauscht irgend welche Zeitungs-Artikel zu sensationellen Ereignissen auf. Gerade die letzterwähnte Praxis scheint gegenwärtig im Schwunge zu sein. Nach matterem Anfang kam aber bald eine bessere Strömung zum Durchbruch und die anfänglich niedriger einsetzenden Notirungen konnten meist den gestrigen Kursstand schnell wieder gewinnen. Der Umfang der geschäftlichen Thätigkeit blieb aber auf allen Gebieten auf das Aeußerste eingeschränkt. Oesterreichische Kreditaktien mußten etwas nachgeben, ein Ueberwiegen des Angebotes läßt sich indeß kaum konstatiren. Die anderen internationalen Spekulationspapiere blieben gänzlich vernachlässigt. Ebenso waren die inländischen, der Spekulation dienstbaren Effekten fast ganz geschäftslos, jedoch konnten diese eher kleine Avancen durchsetzen. Inländische Eisenbahnaktien zeigten verhältnißmäßig die festeste Physiognomie, indeß blieb auch hier der Verkehr sehr gering. Die Dividende der Marienburg Mlawkaer Eisenbahn ist auf 3½ Prozent festgesetzt. Anlageeffekten waren fest, wurden aber trotzdem wenig in den Verkehr gezogen. — Per ultimo notiren: Franzosen 510,50—510—511,50—511, Lombarden 218—217—220—219, Kreditaktien 512,50—509—517,50 bis 516, Wiener Bankverein 190, Darmstädter Bank 150,75—152,25, Diskonto-Kommandit-Antheile 180,75—180,40—184,50, Deutsche Bank 145,75—147,25, Dortmunder Union 90,25—89,90—90½—90¼, Laurahütte 109,75—109,60—110,40. Der Schluß war fest. Privatdiskont 3½ Prozent.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 25. Februar 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Cons. Anl.	4½	104,90 bz
do. neue 1876	4	101,10 bzB
Staats-Anleihe	4	100,80 bz
Staats-Schuldsch.	3½	98,80 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	100,10 bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,60 bz
do. do.	3½	95,60 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	109,00 G
do.	4½	104,50 B
Landsch. Central	4	100,60 G
Kur- u. Neumärk.	3½	95,60 bz
do neue	3½	90,90 B
do.	4	100,75 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,10 G
do.	4	100,10 G
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,50 G
do.	4	100,60 G
do. I. B.	4	100,20 G
do. II. Serie	4½	
Neuldsch. II. Serie	4	90,90 bzG
do. do.	4½	103,50 bzG
Posensche, neue	4	100,30 bz
Sächsische	4	
Pommersche	3½	90,00 bz
do.	4	100,10 G
do.	4½	101,60 bz
Schlesische altl.	3½	93,50 G
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,50 B
Pommersche	4	100,25 G
Posensche	4	100,40 bz
Preußische	4	100,20 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	100,50 G
Sächsische	4	100,40 bz
Schlesische	4	100,50 G
20-Frankstück.		16,22 bzG
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,20 bzB
Oesterr. Banknot.		169,60 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		204,15 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,00 G
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	142,60 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	301,00 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	135,50 B
do. 35 fl. Oblig.	—	136,40 B
Bair. Präm.-Anl.	4	99,80 bz
Braunsch. 20 thl.-L.	—	
Brem. Anl. v. 1874	4	
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	127,70 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	123,40 bzB
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,25 bz
do. II Abth.	5	117,50 B
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	187,25 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	177,50 bz
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,25 G
Meininger Loose	—	27,40 bzB
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,80 bz
Oldenburger Loose	3	149,50 B
D.-G.-C.-B-Pf. 110	5	109,10 bzG
do. do.	4	95,75 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	103,70 G
do. do.	4½	102,40 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	100,50 bz
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,30 bzB
Pomm Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,70 G
do. II. IV. 110	5	102,75 G
Pomm. III. rkz. 100	5	100,40 B
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	113,00 G
do. do. 110	4½	107,00 bzG
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	105,00 bz
do. do. rückz. 100	4½	102,80 G
do (1872 u. 74)	4	98,60 bzG
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	104,50 bzG
do. II. rckz. 100	5	100,00 G
Schles. Bod.-Cred.	5	102,75 G
do. do.	4½	105,70 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,40 G
do. do.	4½	102,50 bzG
Kruppsche Obligat.	5	109,80 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	
Oesterr. Goldrente	4	78,50 bzB
do. Pap.-Rente	4½	62,30 G
do. Silber-Rente	4½	63,60 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	330,00 B
do. Lott.-A. v. 1860	5	118,00 bz
do. do. v. 1864	—	325,00 B
Ungar. Goldrente	6	100,00 bz
do. St.-Eisb. Akt.	5	93,10 G
do. Loose	—	222,40 B
Italienische Rente	5	86,25 G
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	48,50 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	73,90 bz
do. Boden-Credit	5	80,10 Gbz
do Engl. A. 1822	5	83,20 G
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	
do. do. 1872	5	83,75 bz
do. do. 1875	4½	
do. do. 1877	5	
do. do. 1880	4	69,25 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	138,75 bz
do. do. v. 1866	5	137,50 bzG
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	83,20 bzB
do. Pol. Sch.-Obl.	4	82,50 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	62,90 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,30 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	11,60 B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,40 G
do. 100 fl. 2 M.	167,30 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,46 bz
do. do. 3 M.	20,25 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,95 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	80,90 bz
do. do. 100 F. 2 M.	80,45 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	169,60 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	168,70 bz
Petersb. 100 R. 8 W.	203,25 bz
do. 100 R. 3 M.	201,60 bz
Warschau 100 R 8 T.	203,80 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5, für Lombard 6 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 5, Bremen —, Brüssel 4½, Frankfurt a. M. 5, Hamburg —, Leipzig —, London 5, Paris 4½ Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	114,75 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	38,25 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	67,50 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	106,25 bzG
do. Kassen-Verein.	4	188,00 B
Breslauer Disk.-Bk.	4	90,00 bzB
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	85,25 bz
Cöln. Wechslerbank	4	93,90 bz
Danziger Privatb.	4	109,25 G
Darmstädter Bank	4	152,25 bz
do. Zettelbank	4	197,75 G
Dessauer Creditb.	4	95,50 B
do. Landesbank	4	121,50 G
Deutsche Bank	4	147,40 bz
do. Genossensch.	4	125,00 bzG
do. Hyp.-Bank.	4	87,00 G
do. Reichsbank.	4½	147,00 bzG
Disconto-Comm.	4	184,00 bz
Geraer Bank	4	92,50 bzG
do. Handelsb.	4	91,00 bzG
Gothaer Privatbk.	4	117,30 G
do. Grundkredb.	4	89,25 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	96,75 G
Leipziger Creditb.	4	150,60 bzG
do. Discontob.	4	110,00 bzB
Magdeb. Privatb.	4	
Mecklb. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	96,75 G
Meining. Creditbk.	4	87,00 bzG
do. Hypothekenbk.	4	91,60 bz
Niederlausitzer Bank	4	94,75 G
Norddeutsche Bank	4	168,25 G
Nordd. Grundkredit	4	47,50 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	92,25 bz
Posen. Landwirthsch	4	
Posener Prov.-Bank		123,00 B
Posener Spritaktien	4	58,50 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	107,70 bz
do. Centralbdn.	4	122,25 G
do. Hyp.-Spielh.	4	84,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	73,00 B
Sächsische Bank	4	122,25 bzB
Schaaffhaus. Bankv.	4	86,20 bzG
Schles. Bankverein	4	108,20 G
Südd. Bodenkredit	4	131,50 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	192,50 B
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugef.	4	57,00 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	56,00 G
Dortmunder Union	4	13,40 B
Egells Masch.-Akt.	4	21,50 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	36,00 bzB
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	77,00 bzG
Gelsenkirch.-Bergw.	4	124,75 bzG
Georg-Marienhütte	4	90,00 bzG
Hibernia u. Shamr.	4	82,00 bzG
Immobilien (Berl.)	4	81,90 G
Kramsta, Leinen-F.	4	94,50 G
Lauchhammer	4	28,40 B
Laurahütte	4	110,50 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	37,60 G
Magdeburg. Bergw.	4	106,00 bzG
Marienhüt. Bergw.	4	
Menden u. Schw. B.	4	68,25 bz
Oberschl. Eis.-Bed.		47,50 G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	81,90 bzG
Phönix B.-A. Lit. B.	4	37,00 B
Redenhütte conf.	4	87,00 bzG
Rhein.-Nass. Bergw.	4	66,50 B
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	18,50 bzG
Unter den Linden	4	13,50 G
Wöhlert Maschinen	4	17,00 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	50,50 bzG
Altona-Kiel	4	198,50 G
Bergisch-Märkische	4	123,40 bz
Berlin-Anhalt	4	148,00 bzG
Berlin-Dresden	4	13,10 bz
Berlin-Görlitz	4	34,90 bz
Berlin-Hamburg	4	299,25 bzG
Bresl.-Schw.-Frbg	4	94,25 bzB
Hall.-Sorau-Guben	4	20,50 bzG
Märkisch-Posener	4	36,60 B
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,40 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	243,25 bz
do. Lit. B.	3½	188,50 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	62,75 bzG
Rechte Oderuferb.	4	166,40 bz
Rhein-Nahebahn	4	14,25 bz
Stargard-Posen	4½	103,20 bz
Thüringische	4	209,50 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	100,30 bz
do. Lit. C. v. St. gar	4½	111,75 G
Ludwigsh.-Bexbach	4	203,00 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	101,50 bz
Weimar-Geraer	4½	49,30 bz
Albrechtsbahn	5	33,40 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	141,10 bzG
Aussig-Teplitz	4	244,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	125,10 bz
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	124,90 bz
Elisabeth-Westbahn	5	87,40 bz
Kais. Franz Joseph	5	80,25 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	123,25 bzG
Gotthard-Bahn 90%	6	
Kaschau-Oderberg	4	58,00 bzG
Lüttich-Limburg	4	14,00 B
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	340,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	375,90 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	62,25 B
Kronpr. Rud.-Bahn	5	68,70 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	62,25 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	127,75 bz
do. Südwestbahn	5	59,25 bz
Schweizer Unionb.	4	43,00 G
Schweizer Westbahn	4	29,90 B
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	122,50 bzB
Warschau-Wien	4	230,00 bzB

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	36,25 bzG
Berlin-Görlitzer	5	97,25 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	82,00 bzG
Märkisch-Posen	5	116,70 bzG
Marienb.-Mlawka	5	103,70 bzG
Münster-Enschede	5	18,00 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	95,00 B
Oberlausitzer	5	55,75 bzG
Oels-Gnesen	5	52,50 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	95,50 G
Posen-Creuzburg	5	69,10 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	165,00 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	68,00 bzG
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	75,50 bz
Weimar-Geraer	5	35,50 G

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	116,80 bzB
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	88,30 G
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	88,30 G
do. B. unabg.	3½	88,30 G
do. C. do. abg.	5	125,80 Gkl.

Münster-Hamm	4	100,25 B
Niederschl.-Märk.	4	100,75 B
Rhein. St.-A. abg.	6½	161,60 bzG
do. neue 4 proc.	5	159,20 bzG
do. Lit. B. gar	4	100,10 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	93,80 B
do. do. Litt. B.	3½	93,80 B
do. do. Litt. C.	3½	93,60 B
do. IV.	4½	102,75 G
do. V.	4½	102,75 G
do VI	4½	103,90 bz
do. VII	4½	103,00 bz
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	101,90 G
do. Nordb. Fr. W.	4½	102,60 G
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4½	102,70 B
do. B.	4½	102,70 B
do. Litt. C.	4½	102,70 B
Berlin-Görlitz	4½	102,50 G
do. do. Litt. B.	4½	102,60 G
Berlin-Hamburg I.	4	100,20 G
do. do. II	4	100,20 G
do. do. III	4½	103,25 bz
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	100,10 G
do. do. C.	4	100,10 bzG
do. do. D.	4½	103,80 G
do. do. E.	4½	103,00 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	100,75 G
do. do. III.	4	100,75 G
do. IV. v. St. g.	4	100,75 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H	4½	102,75 bzG
do. do. Litt. I.	4½	102,75 bzG
do. do. 1876	5	105,50 G
Cöln-Minden IV.	4	100,25 G
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	104,00 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,00 bzB
do. do. C.	4½	
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,00 bzG
do. do.	5	105,00 bzG
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	102,75 bz
do. do. de 1873	4½	102,75 B
do. Leipz. A.	4½	105,50 bz
do. do. B.	4	100,25 G
do. Wittenberge	4½	102,50 B
do. do.	3	83,30 G
Niederschl.-Märk. I.	4	100,10 G
do. II. a 62½ thlr.	4	100,30 bz
do. Obl. I. u. II.	4	100,25 bz
do. do. III conv.	4	100,40 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	110,00 G
do. D.	4	110,00 G
do. E.	3½	
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H.	4½	104,00 B
Oberschles. v. 1873	4	100,10 G
do. v. 1874	4½	
Brieg-Neisse	4½	102,00 G
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Oels-Gnesen	4½	101,75 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,75 G
do. Litt. B.	4½	102,75 G
do. Litt. C.	4½	102,75 G
Posen-Creuzburg	5	
Rechte-Oder-Ufer	4½	
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,75 B
do. v. 1862, 64	4½	102,75 B
do. v. 1865	4½	102,75 B
do. 1869, 71, 73	4½	102,75 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,50 G
do. II. do.	4½	103,50 G
Schleswiger	4½	102,10 G
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	100,50 G
do. IV.	4½	102,80 bzG
do. V.	4½	102,80 bzG
do. VI.	4½	102,90 bzG

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	85,10 G
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	84,10 bzG
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	78,50 B
do. II.	5	84,50 bz
do. III.	5	79,40 G
do. IV.	5	78,50 G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	46,40 B
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	376,50 bz
do. Ergänzsb.	3	352,75 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,40 G
do. II. Em.	5	104,40 G
Oesterr. Nordwest.	5	87,30 bzG
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	85,76 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	80,40 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	84,30 bzG
do. do. 1869	5	83,80 bzG
do. do. 1872	5	83,70 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	92,25 B
Reichenb.-Pardubitz	5	81,50 G
Südösterr. (Lomb.)	3	270,50 bz
do. do. neue	3	270,20 B
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	99,25 bzB
Brest-Grajewo	5	88,75 bz
Charkow-Asow g.	5	92,00 bz
do. in Lstr. a 20	5	86,00 G
Chark.-Krementsch.	5	91,50 bz
Jelez-Orel, gar.	5	91,00 bzB
Koslow-Woron. gar	5	96,25 G
Koslow-Woron. Ob.	5	80,75 bzG
Kursk-Chark. gar.	5	91,80 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	83,00 G
Kursk-Kiew, gar.	5	98,00 bzB
Losowo-Sewast.	5	78,80 B
Mosko-Rjäsan, g.	5	102,10 bzG
Mosk.-Smolensk, g.	5	92,30 bz
Schuja-Iwanow.	5	91,50 bz B
Warsch.-Teresp., g.	5	
do. kleine, g.	5	
Warschau-Wien II.	5	103,00 G
do. III.	5	102,25 G
do. IV.	5	102,25 bz
Zarskoe-Selo	5	61,75 B

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.